

2025
GESCHÄFTS-BERICHT

ewerk SACHSENWALD



Vor Ort für Sie da!

Inhaltsverzeichnis

Das e-werk in Zahlen 2

Vorwort des Vorsitzenden des Aufsichtsrates 4

Gesellschafter, Aufsichtsrat und Geschäftsführung 7

Vor Ort für Sie da – ein Jahresrückblick 8

Lagebericht 10

Grundlagen des Unternehmens 10

Rahmenbedingungen 11

Wirtschaftsbericht 13

Ertragslage 17

Finanzlage 21

Vermögenslage 23

Prognose-, Chancen- und Risikobericht 24

Jahresabschluss 2025 28

Bilanz 28

Gewinn- und Verlustrechnung 29

Entwicklung des Anlagevermögens 30

Anhang für das Geschäftsjahr 2025 32

Bestätigungsvermerk 38





Das e-werk in Zahlen.

Mehr Energie für die Region.

Investitionen Stromnetz

2025: 3.438 T€

2024: 2.232 T€



Investitionen Wärme

2025: 130 T€

2024: 180 T€

Vertriebskunden Strom

2025: 23.906

2024: 24.198

Investitionen Ladeinfrastruktur

2025: 540 T€

2024: 430 T€



Vertriebskunden Gas

2025: 8.153

2024: 8.335

Länge Gasnetz

2025: 599 km

2024: 600 km

Länge Stromnetz

2025: 1.637 km

2024: 1.629 km



Stromnetz
Abnahme-/Einspeisestellen

2025: 51.538

2024: 50.734

Mitarbeitende (gem. HGB)

2025: 77

2024: 72

Gasnetz
Abnahmestellen

2025: 14.444

2024: 14.622

Auszubildende
zum 31.12.

2025: 2

2024: 4

Gewerbesteuer

2025: 0,75 Mio. €

2024: 0,66 Mio. €



Konzessionsabgabe

2025: 2,40 Mio. €

2024: 2,52 Mio. €





Vorwort des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Partner des e-werks,

das e-werk hat auch das Geschäftsjahr 2025 wieder erfolgreich abgeschlossen. Angesichts des weiterhin anspruchsvollen energiewirtschaftlichen Umfelds ist dieser Erfolg keineswegs selbstverständlich und lässt sich nicht allein an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen messen. Er ist Ausdruck einer funktionierenden kommunalen Daseinsvorsorge und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen zeigt sich der Mehrwert, den ein leistungsfähiges Stadtwerk in kommunaler Hand für die Region bietet.

Das Jahr 2025 hat einmal mehr gezeigt, dass die Energiewende nicht in erster Linie in abstrakten Gesetzestexten, Förderprogrammen oder bundespolitischen Zielbildern stattfindet, sondern ganz konkret bei uns vor Ort. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Weiterentwicklung der Stromnetze, die zunehmende Elektromobilität und die Wärmewende berühren unmittelbar die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und der Unternehmen in unserer Region. Hier entscheidet sich, ob die Transformation der Energieversorgung Akzeptanz findet, bezahlbar bleibt und mit den berechtigten Erwartungen an Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit in Einklang gebracht werden kann.

Für kommunale Stadtwerke ergeben sich daraus besondere Herausforderungen, aber auch eine besondere Verantwortung. Sie stehen an der Schnittstelle zwischen energiepolitischen Vorgaben, technischen Notwendigkeiten und den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor Ort. Das e-werk ist dabei nicht irgendein Marktteilnehmer, sondern ein zuverlässiger Partner der Kommunen im Versorgungsgebiet. Die Nähe zu den Städten und Gemeinden, die Kenntnis der örtlichen Strukturen und die Verankerung in der Region sind entscheidende Stärken, wenn es darum geht, die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende praktisch umzusetzen.

Im vergangenen Jahr hat das e-werk erneut unter Beweis gestellt, dass kommunale Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich handeln und zugleich dem Gemeinwohl verpflichtet sein können. Mit einer vorausschauenden Investitionsstrategie, einem klaren Blick für die Anforderungen der Netze sowie einem hohen Anspruch an Versorgungssicherheit und Kundennähe wurden wichtige Grundlagen für die kommenden Jahre geschaffen.



Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des e-werks. Ihr Engagement, ihre Fachkenntnisse und ihre Bereitschaft, auch in anspruchsvollen Zeiten Verantwortung zu übernehmen, bilden die Basis für den anhaltenden Erfolg unseres Unternehmens. Ebenso danke ich den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Mit Respekt vor den großen Aufgaben, aber auch mit Zuversicht und Gestaltungswillen blicken wir auf die kommenden Jahre. Das e-werk vereint die personelle Stärke und die Finanzkraft, um die Energiewende in unserer Region weiter aktiv mitzugestalten. Als kommunales Unternehmen bleibt es dabei seinem Kernauftrag verpflichtet: eine sichere, bezahlbare und zukunftsorientierte Energieversorgung für die Menschen vor Ort.

Ihr

B. Warmer

Björn Warmer
Bürgermeister der Stadt Reinbek
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Reinbek, im Juni 2026


Ich fahre ohne

Gesellschafter

31.12.2025

Stadt Reinbek	43,20 %
Thüga Aktiengesellschaft, München	21,45 %
Gemeinde Wentorf bei Hamburg	19,49 %
Stadt Glinde	8,12 %
Gemeinde Oststeinbek	4,88 %
Gemeinde Barsbüttel	2,86 %

Aufsichtsrat

Björn Warmer
(Vorsitzender)
Bürgermeister der Stadt Reinbek

Anke Wiener
Stadtverordnete der Stadt Reinbek

Jan Moritz
Stadtverordneter der Stadt Reinbek

Kathrin Schöning
(stellv. Vorsitzende)
Bürgermeisterin der Gemeinde Wentorf bei Hamburg

Peter Meyer
Gemeindevertreter der Gemeinde Wentorf bei Hamburg

Rainhard Zug
Bürgermeister der Stadt Glinde
(bis 03/2026)

Patrick Klose
Bürgermeister der Stadt Glinde
(ab 04/2026)

Bernd Wersel
Vorsitzender des Finanzausschusses der Stadt Glinde

Thomas Schreitmüller
Bürgermeister der Gemeinde Barsbüttel

Rainer Eickenrodt
Vorsitzender des Finanzausschusses der Gemeinde Barsbüttel

Jürgen Hettwer
Bürgermeister der Gemeinde Oststeinbek

Hans-Joachim Vorbeck
Bürgervorsteher der Gemeinde Oststeinbek

Ralf Winter
Prokurist der Thüga AG, München
(bis 01/2025)

Otto Huber
Leiter Unternehmensentwicklung Thüga AG, München
(ab 02/2025)

Caspar Baumgart
Mitglied des Vorstandes der WEMAG AG, Schwerin

Geschäftsführung

Ass. iur. Moritz Manthey
Wentorf

Vor Ort für Sie da

Ein Jahresrückblick

Infrastrukturinvestitionen als Kern der Versorgungssicherheit:

Mit rund 5,3 Mio. € Investitionen in die Energieversorgung stand 2025 erneut die Modernisierung der lokalen Infrastruktur im Mittelpunkt. Allein 3,4 Mio. € flossen in die Strominfrastruktur, u. a. in Ortsnetzstationen, Schaltanlagen und das Mittelspannungsnetz. Damit stärkte das e-werk die Netzstabilität für Haushalte, Gewerbe und Kommunen und machte die Versorgung fit für steigende Anforderungen durch Wärmepumpen, Photovoltaik und Elektromobilität.



Klimaschutz strategisch verankert und messbar gemacht:

Klimaschutz ist beim e-werk fest in der Unternehmensstrategie verankert. Mit der Treibhausgasbilanz wurde eine Grundlage geschaffen, um Emissionen systematisch zu erfassen und Reduktionsmaßnahmen abzuleiten. Auf dieser Basis verfolgt das e-werk die strategische Zielsetzung, die CO_2-Emissionen bis 2030 um 15 Prozent und bis 2035 um 40 Prozent gegenüber dem Basisjahr zu reduzieren. Der Beitritt zur Stadtwerke-Initiative Klimaschutz der ASEW unterstreicht das langfristige Engagement für eine nachhaltige und generationengerechte Energieversorgung.

Digitale Kundenservices spürbar erweitert:

Mit der „mein e-werk“-App wurde die digitale Servicewelt deutlich ausgebaut. Kundinnen und Kunden können Zählerstände per Foto übermitteln, Abschläge anpassen, Bankdaten ändern, Verträge und Rechnungen einsehen, Tarifwechsel starten sowie Ladesäulen finden.



Mit dem Chatbot „Ewald“ hat das e-werk zudem erste Erfahrungen im digitalen Kundenservice gesammelt. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer digitalen Serviceangebote ein – mit dem Ziel, den Service für unsere Kundinnen und Kunden künftig noch einfacher und komfortabler zu gestalten. Persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bleiben dabei ein zentraler Bestandteil unseres Kundenservices.

Sicherheit und technische Qualität erneut bestätigt:

Die hohe Versorgungssicherheit des e-werks wurde 2025 mehrfach unabhängig bestätigt. Neben der erfolgreichen ISMS-Rezertifizierung nach ISO/IEC 27001:2022 erhielt das Unternehmen erneut die technischen Sicherheitszertifikate von DVGW und VDE. Auch bei der Versorgungsqualität überzeugt das e-werk mit Bestwerten: Mit einer durchschnittlichen ungeplanten Stromausfallzeit von weniger als zwei Minuten pro Kunde liegt das Netz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11,7 Minuten (Bundesnetzagentur).

Eigene Energiewende am Standort sichtbar umgesetzt:

Das e-werk setzte Klimaschutz auch am eigenen Betriebsstandort konsequent um: Die bisherige Gasbrennwertheizung wurde durch eine mit Ökostrom betriebene Luft-Wasser-Wärmepumpe ersetzt. Ergänzend nahm das Unternehmen eine Photovoltaikanlage mit 243 Solarmodulen und 99,63 kWp sowie einem 100-kWh-Batteriespeicher in Betrieb. Der erzeugte Strom versorgt Gebäude, Technik und E-Dienstfahrzeuge; überschüssige Energie wird ins Netz eingespeist.



Regionales Engagement über „Vor Ort mit Herz“ neu strukturiert:

Mit der Spendenplattform „Vor Ort mit Herz“ hat das e-werk sein gesellschaftliches Engagement weiter ausgebaut. Vereine und Organisationen aus dem Versorgungsgebiet konnten Projekte einreichen, während Kundinnen und Kunden mit ihren HerzTalern über die Förderung mitentschieden. Bereits im ersten Förderzeitraum wurden zahlreiche Projekte erfolgreich umgesetzt – darunter neue Zelte für die DLRG Sachsenwald sowie Ausrüstung für das Zeltlager des TSV Reinbek.



Mobilität und kommunales Leben vor Ort sichtbar unterstützt:

Die Elektromobilität wurde durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Elektrifizierung des eigenen Fuhrparks weiter vorangetrieben. Gleichzeitig übernahm das e-werk in Reinbek, Wentorf und Glinde die neue energieeffiziente LED-Weihnachtsbeleuchtung mit rund 270 Sternen – inklusive Montage, Wartung und Abbau. Damit verbindet das e-werk technische Kompetenz, Nachhaltigkeit und regionale Verbundenheit mit einem sichtbaren Beitrag für die Menschen vor Ort.

Kundenangebote für Energiewende im Gebäude ausgebaut:

Das e-werk hat sein Angebot für eine klimafreundliche Energieversorgung konsequent ausgebaut und sich als kompetenter Partner für Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher und modernes Heizen positioniert. Kundinnen und Kunden erhalten Beratung, Planung, Installation, die Anmeldung beim Netzbetreiber sowie eine verständliche Einweisung – alles aus einer Hand. Ergänzt wird das Angebot durch Wärmepumpenchecks, Informationen zu Fördermöglichkeiten und digitale Effizienzlösungen.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die e-werk Sachsenwald GmbH (im Folgenden auch „e-werk“ genannt) versorgt die Stadt Reinbek sowie die Gemeinden Barsbüttel, Oststeinbek, Wentorf bei Hamburg und Wohltorf mit Strom und Gas, darüber hinaus die Stadt Glinde mit Strom und die Gemeinde Aumühle mit Gas. Außerdem werden für mehrere Kommunen im Umland Dienstleistungen im Bereich der Straßenbeleuchtung erbracht. Neben diesen traditionellen Geschäftsfeldern hat sich das e-werk mittlerweile auch im Bereich der Wärmeversorgung als kompetenter Partner für die Kunden und Unternehmen in der Region etabliert. Zudem beteiligt sich das e-werk aktiv am Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Im Jahr 2022 wurde die Freizeitbad Reinbek Betriebsgesellschaft mbH als Tochtergesellschaft des e-werks von der Stadt Reinbek übernommen. Das Versorgungsgebiet der e-werk Sachsenwald GmbH ist geprägt durch eine vielfältige, vorwiegend klein- und mittelständische Wirtschaftsstruktur. Die Region zeichnet sich durch eine hohe wirtschaftliche Dynamik, eine überdurchschnittlich hohe Kaufkraft und eine im Vergleich zu anderen Teilen Schleswig Holsteins niedrige Arbeitslosenquote aus.



Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland blieb im Geschäftsjahr 2025 verhalten. Nach zwei schwachen Vorjahren konnte die Wirtschaftsleistung nur leicht zulegen. Positive Impulse kamen insbesondere vom privaten und staatlichen Konsum, während Investitionen, die Exportentwicklung und strukturelle Anpassungen in wesentlichen Industriezweigen belastend wirkten. Zusätzlich prägten geopolitische Spannungen, handelspolitische Unsicherheiten, volatile Kapital- und Energiemärkte sowie ein intensiver Wettbewerb das wirtschaftliche Umfeld. Für kommunale Energieversorger war somit weniger die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate als vielmehr ihre Auswirkungen auf Absatz, Beschaffung, Investitionsfähigkeit und das Zahlungsverhalten der Kunden maßgeblich.

Das Marktumfeld stellte sich für die Energiewirtschaft gegenüber den Krisenjahren 2022 und 2023 stabiler, aber weiterhin anspruchsvoll dar. Die Großhandelspreise lagen zwar deutlich unter den Höchstständen der Energiekrise, blieben jedoch anfällig für Witterung, geopolitische Entwicklungen und regulatorische Eingriffe. Neben der Beschaffung wurden die Endkundenpreise zunehmend durch Netzentgelte, Umlagen, Abgaben und den CO_2-Preis geprägt. Dadurch blieb die Bezahlbarkeit von Energie ein zentrales Thema für die Kunden.

Der Energieabsatz wurde weiterhin durch die schwache Industriekonjunktur und das anhaltend preisbewusste Verbrauchsverhalten beeinflusst. Insgesamt bewegte sich der Stromverbrauch auf niedrigem Niveau, wobei strukturell mit einer zunehmenden Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und gewerblichen Anwendungen zu rechnen ist. Diese Entwicklung verschiebt den Schwerpunkt des Geschäfts von der reinen Energielieferung hin zu Infrastruktur-, Steuerungs- und Flexibilitätsleistungen.

Die erneuerbaren Energien blieben ein wesentlicher Treiber der Strommarktentwicklung. Der hohe Anteil erneuerbarer Stromerzeugung erhöht die Bedeutung von Prognosequalität, Direktvermarktung, Bilanzkreismanagement und netzdienlicher Steuerung. Für ein kommunales Stadtwerk gewinnen deshalb Speicher, steuerbare Lasten, flexible Tarife, intelligente Messsysteme und digitale Netzführung an Relevanz. Die Versorgungssicherheit hängt zunehmend davon ab, volatile Einspeisung, lokale Lastzuwächse und Netzkapazitäten operativ zusammenzuführen.

Die Gasversorgung war im Jahr 2025 stabil. Speicherfüllstände, diversifizierte Bezugsquellen und die LNG-Infrastruktur wirkten sich positiv auf die Versorgungssicherheit aus. Witterungsbedingt ist der Gasverbrauch unterjährig zeitweise angestiegen, bereinigt blieb die Nachfrage jedoch durch Effizienzmaßnahmen, das Preisniveau und den Strukturwandel begrenzt. In der Übergangsphase bleibt Erdgas für Stadtwerke ein wichtiger Bestandteil der Versorgung, insbesondere im Wärme- und KWK-Bereich. Zugleich gewinnen die strategischen Fragen zur langfristigen Auslastung, Finanzierung und Dekarbonisierung an Bedeutung.

Im Wärmemarkt setzte sich der Strukturwandel fort. Im Neubau dominieren zunehmend Wärmepumpen und leitungsgebundene Wärmelösungen, während neue Öl- und Gasheizungen weiter an Bedeutung verlieren. Für kommunale Energieversorger wird die Wärmewende damit zu einem der zentralen Wachstums- und Investitionsfelder. Nahwärme, Wärmepumpenlösungen und Quartierskonzepte sind dabei nicht nur zukünftige Produktfelder, sondern integrale Bestandteile kommunaler Infrastrukturentwicklung und der kommunalen Wärmeplanung.



Insgesamt blieb das externe Umfeld für Stadtwerke im Jahr 2025 durch eine moderate wirtschaftliche Dynamik, hohe Transformationsanforderungen und einen steigenden Investitionsbedarf geprägt. Wesentliche Handlungsfelder waren eine solide Beschaffung und Risikosteuerung, eine transparente Kundenkommunikation, die Sicherstellung der Daseinsvorsorge, der beschleunigte Ausbau und die Digitalisierung der Netze sowie die strategische Positionierung in der Wärmeversorgung.

Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen

Die energiepolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen waren im Jahr 2025 weniger durch kurzfristige Kriseninterventionen als durch die Umsetzung struktureller Transformationsvorgaben geprägt. Im Mittelpunkt standen die Systemintegration erneuerbarer Energien, der Ausbau und die Digitalisierung der Netze, die Stärkung von Flexibilität und Steuerbarkeit, die Wärmewende, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sowie die Resilienz kritischer Infrastrukturen.

Auf europäischer Ebene wirkten die Reform des Strommarktdesigns und die Vorgaben aus dem Klimaschutz- und Energiepaket fort. Auf nationaler Ebene wurden Vorgaben zur Vermeidung temporärer Erzeugungsüberschüsse, zur verbesserten Steuerbarkeit dezentraler Anlagen, zum Smart-Meter-Rollout und zum Verbraucherschutz weiterentwickelt. Für kommunale Versorger sind diese Regelungen vor allem operativ bedeutsam, da sie den Messstellenbetrieb, die Marktkommunikation, die Datenprozesse, die Tarifierung, die Steuerung technischer Anlagen und die Ausgestaltung neuer Kundenprodukte wie z. B. dynamische Stromtarife oder Eigenstrom- und Flexibilitätslösungen betreffen.

Die Verteilnetze blieben ein zentraler Engpass- und Investitionsbereich der Energiewende. Die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr, der Photovoltaikzubau sowie die Integration von Speichern, Rechenzentren und weiteren steuerbaren Verbrauchseinrichtungen erhöhen den Bedarf an Netzverstärkung und digitaler Netzführung. Dadurch gewinnen Netzanschlussprozesse, vorausschauende Netzplanung, Automatisierung, Leittechnik und intelligente Messsysteme an Bedeutung. Zugleich steigt der Druck, Investitionen mit regulatorischen Erlösobergrenzen, Effizienzvorgaben und sozial akzeptablen Netzentgelten in Einklang zu bringen.

Die Regulierung der Strom- und Gasnetze entwickelte sich im Jahr 2025 weiter. Die Bundesnetzagentur setzte die Neuordnung des Regulierungsrahmens nach der Stärkung ihrer Unabhängigkeit fort. Für kommunale Netzbetreiber sind die künftigen Festlegungen zu Kapitalverzinsung, Kostenanerkennung, Effizienzvergleich, Produktivitätsfaktor und Abschreibungsmodalitäten von großer Bedeutung, da sie die Investitionsfähigkeit und die Netzentgeltentwicklung der kommenden Regulierungsperioden beeinflussen.

Die Wärmewende wurde weiterhin durch das Gebäudeenergiegesetz und das Wärmeplanungsgesetz geprägt. Kommunale Wärmepläne bilden die Grundlage für künftige Versorgungsentscheidungen und Investitionspfade. Stadtwerke haben hieraus Chancen beim Ausbau und der Dekarbonisierung von Wärmenetzen, bei Nahwärme und Quartierslösungen sowie bei Wärmepumpen- und Contracting-Angeboten. Gleichzeitig entstehen hohe Anforderungen an die Finanzierung, die Genehmigung, die Flächenverfügbarkeit, die Kundenakzeptanz und die kommunale Abstimmung.

Im Gasbereich standen Versorgungssicherheit und Transformation nebeneinander. Durch Speicherfüllstandsvorgaben, diversifizierte Bezugsquellen und LNG-Infrastruktur wurde die Versorgung stabilisiert. Gleichzeitig ist die langfristige Rolle der Gasinfrastruktur im Lichte der Wärmewende, der CO_2-Bepreisung und eines möglichen Hochlaufs von Wasserstoff oder klimaneutralen Gasen

laufend zu bewerten. Für Investitionsentscheidungen in Gasnetze ist eine differenzierte Betrachtung nach Netzgebiet, Kundenstruktur und kommunaler Wärmeplanung erforderlich.

Die CO_2-Bepreisung bleibt ein wesentlicher Einflussfaktor auf fossile Energieträger. Sie erhöht den wirtschaftlichen Druck, auf effizientere und klimafreundlichere Wärme- und Mobilitätslösungen umzustellen. Für kommunale Versorger ist somit die Verbindung von Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit von entscheidender Bedeutung. Akzeptanz entsteht insbesondere dort, wo Transformationsangebote technisch verlässlich, wirtschaftlich nachvollziehbar und kundennah ausgestaltet werden.

Zusammenfassend erhöhte sich der Umsetzungsdruck auf Energieversorger im Jahr 2025 weiter. Die wesentlichen Schwerpunkte liegen dabei in der Finanzierung und Priorisierung von Netzinvestitionen, der Digitalisierung des Mess- und Netzbetriebs, der Weiterentwicklung des Vertriebs in Richtung flexibler und dezentraler Kundenlösungen, der strategischen Absicherung der Wärmewende sowie einer belastbaren Risiko- und Beschaffungssteuerung.

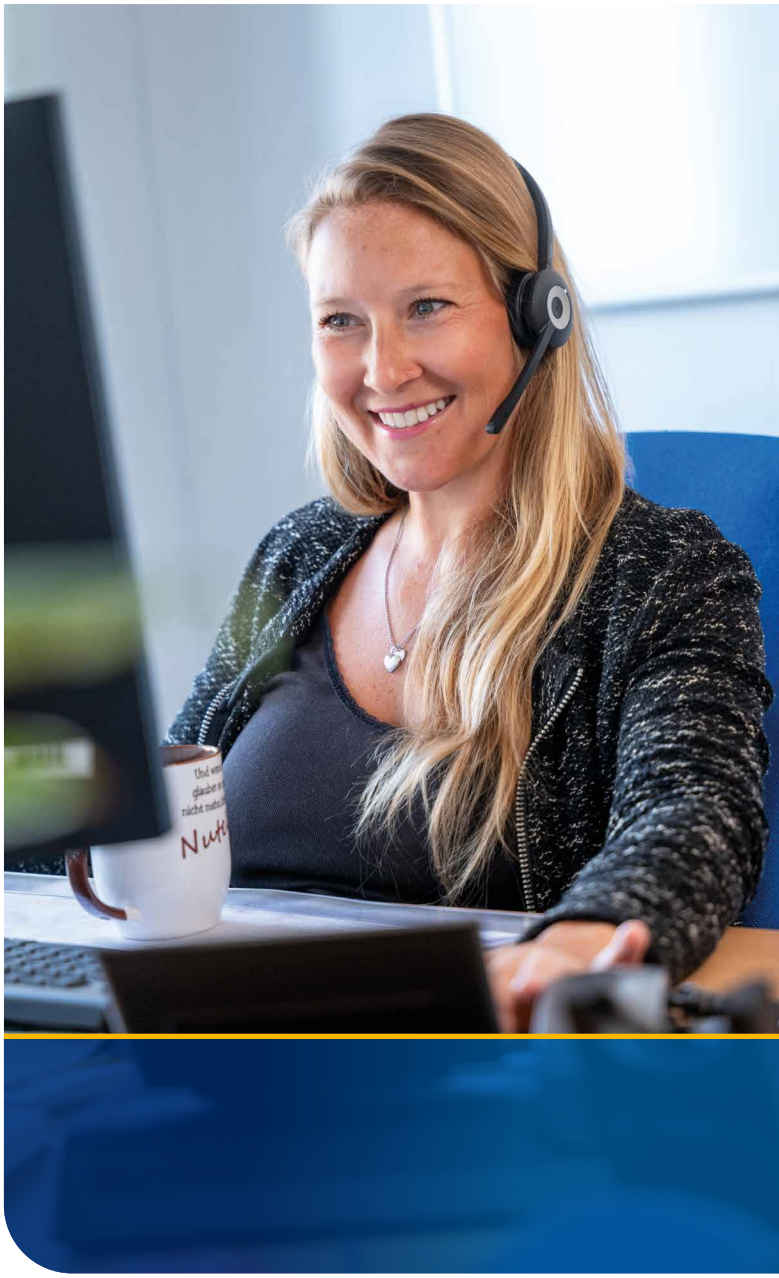
Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen fließen in die Strategieentwicklung der Gesellschaft ein und werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder entsprechend berücksichtigt.

Im Jahr 2025 war ein weiterer Rückgang der Beschaffungspreise für Strom und Gas zu verzeichnen, allerdings in wesentlich geringerem Maße als von 2023 auf 2024. Damit haben sich die Strom- und Gasgroßhandelspreise wieder stabilisiert, jedoch weiterhin auf deutlich höherem Niveau als vor der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise.

Die zwischenzeitlich stark ausgeprägte Preisschere zwischen Kurz- und Langfristbeschaffung schließt sich zusehends, allerdings spiegelt sich diese Entwicklung an den Spotmärkten aufgrund der langfristigen Beschaffungsstrategie des e-werks immer erst mit einem gewissen Zeitversatz in den Endkundenpreisen im Haushaltskundensegment wider.



Für das Jahr 2025 hat das e-werk erstmalig im Rahmen der strukturierten Beschaffung gemeinsam mit der Syneco eingekauft. Das zentrale Handelstool „Synection“ wurde im Rahmen eines umfangreichen Onboarding-Prozesses gemeinsam mit der Syneco erfolgreich im Unternehmen implementiert und verbindet nun den Ein- und Verkauf direkt systemseitig in entsprechenden Angebots- und Beschaffungscockpits. Dadurch können diese effektiv aufeinander abgestimmt werden und ermöglichen so ein effizientes und risikooptimiertes Arbeiten. Im Zuge der Umstellung der Beschaffungssystematik wurde auch das Risikohandbuch überarbeitet und ein unternehmensinternes fachabteilungsübergreifend besetztes Risikokomitee wurde ins Leben gerufen.


Reinbek 4 km
Sportplatz
HITACHI
ZAXIS 19
Arbeiten an Gasleitungen

Das sich bereits in den Vorjahren manifestierende Einsparverhalten im Bereich aller Kundengruppen erweist sich nicht zuletzt aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als nachhaltig.

Der Ausbau und der Betrieb der Verteilnetze für Strom und nach wie vor auch für Erdgas, sind ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge in der Region. Zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre ist es weiterhin, die überdurchschnittlich hohe Versorgungsqualität und -sicherheit im Netzgebiet aufrechtzuerhalten und auch für die Zukunft jederzeit eine sichere Energieversorgung der Region zu gewährleisten. Hierzu gilt es, die Stromnetze, gerade angesichts der zu erwartenden weiter zunehmenden Elektrifizierung im Rahmen der Energiewende, zukunftsfähig auszubauen und die Gasnetze auch vor dem Hintergrund eines durch die Politik mittelfristig angestrebten Gasausstieges für die restliche Nutzungsdauer jederzeit in einem sicheren und zuverlässigen Betriebszustand zu halten. Durch vorausschauende Planung und umfangreiche Investitionen in neue Möglichkeiten und Technologien zur Strom- und Wärmeversorgung wird das e-werk in den kommenden Jahren für und mit den Städten und Kommunen die Wärmewende für die Region voranbringen.

Im Stromnetz erfolgt weiterhin der gesetzlich vorgeschriebene sukzessive Austausch konventioneller Zähler gegen moderne Messeinrichtungen, wobei auch der Anteil der intelligenten Messsysteme spürbar zunimmt. Hierbei orientiert sich das e-werk an den gesetzlichen Ausbauquoten.

Im Bereich Elektromobilität wurden auch in 2025 zahlreiche Ladesäulen in der Region aufgestellt, wobei insbesondere die Anzahl der Schnellladesäulen forciert wird. Das e-werk hat sich gemeinsam mit zahlreichen anderen Stadtwerken aus dem Thüga-Verbund an einer neugegründeten Ladeinfrastrukturgesellschaft, der Regioladen+ GmbH & Co. KG, beteiligt, in der die Aktivitäten in diesem Bereich zukünftig gebündelt werden. Das entsprechende Anlagevermögen wurde zum 01.10.2025 in die neue Gesellschaft übertragen, wobei das e-werk weiterhin gemeinsam mit den Kommunen für die Standortplanung zuständig ist und – nun im Auftrag der neuen Gesellschaft – Aufbau, Wartung und Instandhaltung der Ladesäulen übernimmt.

Zum 31.12.2025 befanden sich insgesamt 48.419 (im Vorjahr 48.320) Stromabnahmestellen im Netzgebiet, darüber hinaus befanden sich 3.053 EEG- und 66 KWK-Einspeiser im Netz.

Der Stromverbrauch im gesamten Netzgebiet der e-werk Sachsenwald GmbH hielt sich in 2025 annähernd auf Vorjahresniveau. Das bewusste Verbrauchsverhalten der Kunden hält damit weiter an. Der Anteil der Durchleiter hat sich mit rund 65 Prozent an der gesamten nutzbaren Abgabe im Netz gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Der Stromabsatz durch den eigenen Vertrieb ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 12 Prozent gesunken. Die Strompreise für Haushaltskunden konnten zum 01.01.2025 über alle Tarife hinweg gesenkt werden.

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt, welcher in 2022 kurzzeitig fast zum Erliegen gekommen war, belebte sich mit dem kontinuierlichen Absinken der Börsenpreise in Jahresverlauf 2023 wieder zusehends, in den beiden Folgejahren 2024 und 2025 zeigte sich die Konkurrenzsituation ähnlich wie vor der Krise. Etliche der Stromkunden, welche aufgrund krisenbedingter Vertragskündigungen oder Einstellung der Belieferung durch andere Lieferanten vorübergehend zum e-werk als ihrem örtlichen Grundversorger gewechselt waren, haben inzwischen wieder zu anderen Versorgern gewechselt. Das e-werk Sachsenwald ist im Strombereich Grundversorger in der Stadt Reinbek, der Gemeinde Wentorf bei Hamburg und der Gemeinde Wohltorf.

Das e-werk ist auch unter den schwierigen Marktbedingungen nicht von seiner Strategie abgewichen, die Versorgung zu fairen, verantwortungsvollen Preisen, transparenten Vertragsbedingungen und mit persönlichen Ansprechpartnern vor Ort sicherzustellen. Im Gewerbekundenbereich profitierten die Kunden auch in 2025 von intensiver Beratung und individuell abgestimmten Angeboten.

Der Erdgasverbrauch im Netz lag in 2025 um rund 2 Prozent über Vorjahresniveau. Im bestehenden Gasnetzgebiet versorgte das e-werk zum Jahresende 14.444 Kunden.



Der Gasverkauf durch den eigenen Vertrieb lag in 2025 im Vorjahresvergleich um 1,8 Prozent höher, wobei die Verkaufspreise gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden konnten. Die Abnehmerstruktur im Gasvertrieb des e-werks zeichnet sich unverändert durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Haushaltskunden und gewerblichen Letztverbrauchern aus.

Insgesamt verschärfen sich aufgrund der aktuellen Regelungen für die vierte Regulierungsperiode (im Gas ab 2023, im Strom ab 2024) die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter, was sich mittelfristig zwangsläufig in einem Rückgang der Ergebnisse in den Sparten Strom- und Gasnetzbetrieb manifestieren wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und Einfluss auf die angesichts der stark veränderten politischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erwartende grundlegende Umgestaltung des Regulierungsrahmens zu nehmen, hat das e-werk Rechtsmittel gegen weitere Festlegungen der Bundesnetzagentur im Rahmen von sog. Sammelklagen eingelegt.

Ertragslage

Insgesamt konnte das e-werk im Geschäftsjahr 2025 wieder ein gutes Ergebnis erzielen.

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren sind hierbei Absatzmengen und Umsatzerlöse, deren Entwicklung sich wie folgt darstellt:

Im Berichtsjahr 2025 ist der Stromabsatz durch den eigenen Vertrieb über alle Kundensegmente um insgesamt knapp -12 Prozent zurückgegangen, bei nahezu konstanten Verbräuchen im Netzgebiet insgesamt. Besonders im Segment der leistungsgemessenen Sonderkunden war hier ein Rückgang zu verzeichnen.

Die Durchleitungsmenge im eigenen Netz stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent. Der Ausbau des eigenen Marktanteils im Versorgungsgebiet bildet auch zukünftig unverändert den Schwerpunkt der Vertriebsarbeit.

Der Vertriebsumsatz ging gegenüber den Rekordwerten der Vorjahre, in denen sich die massive Erhöhung der Strombezugspreise widergespiegelt hatten, um -20,6 Prozent zurück, wie geplant, wobei der deutliche Umsatzrückgang alle Kundensegmente betraf, da der Rückgang der Beschaffungspreise unmittelbar an die Kunden weitergegeben wurde. Die Netzumsätze im Bereich der Durchleitung gingen trotz einer leichten Mengensteigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Prozent zurück, bedingt durch eine deutliche Senkung der Netznutzungsentgelte Strom des e-werks gegenüber 2024. Ursächlich hierfür war u. a. die Entlastung von Regionen mit viel Wind- und Solarenergie durch einen bundesweiten Ausgleichsmechanismus.

Die Gasabsatzmenge im Vertrieb stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht an, besonders im RLM-Segment, wobei die durch die Energiekrise ausgelösten, nachhaltigen Einsparbemühungen der Kunden sowie die beginnende Umrüstung auf andere Heiztechnologien die Effekte aus den gegenüber dem Vorjahreswinter etwas kühleren Monatsdurchschnittstemperaturen dämpfen.

Die Absatzmengen in der Durchleitung erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr etwas, womit der Mengenanteil der fremdbelieferten Kunden im Netz leicht über dem des Vorjahres liegt.

Bei den Umsatzerlösen im Gasvertrieb ist ein geringfügiger Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Bei einer Gesamtsumme von rund 30,6 Mio. € verteilt sich der Umsatz aus Gasverkauf des eigenen Vertriebes im Geschäftsjahr 2025 zu knapp 79 Prozent auf Sondervertragskunden mit Standardlastprofil, gut 16 Prozent auf Kunden mit registrierender Leistungsmessung und zu knapp 5 Prozent auf Grundversorgungskunden.

Der Umsatzanstieg von 23,3 Prozent in der Durchleitung ist vor allem auf die gestiegenen Netznutzungsentgelte zurückzuführen. Dies ist in erster Linie Effekten aus der Festlegung der Bundesnetzagentur zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen (KANU) geschuldet; diese bewirkte einen Anstieg der zu entrichtenden vorgelagerten Netzentgelte sowie beim jährlichen Kapitalkostenaufschlag.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft insgesamt verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um -9,41 Mio. € auf 94,412 Mio. € zurück (vor Abzug der Strom- und Energiesteuer). Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 63 T€ auf 242 T€.



Der Materialaufwand, der im Wesentlichen die Bezugskosten für Strom und Gas sowie die netz- und vertriebsseitig entrichteten Netznutzungsentgelte umfasst, ging im Berichtsjahr um -11,709 Mio. € zurück auf 66,961 Mio. €. Ursächlich hierfür waren vor allem Preisrückgänge beim Energiebezug.

Der Materialaufwand beinhaltet auch die geleisteten Zahlungen für Konzessionsabgaben in Höhe von insgesamt 2,398 Mio. €.

Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 588 T€, dies entspricht 9,8 Prozent, und betrugen insgesamt 6,601 Mio. € (im Vorjahr 6,013 Mio. €). Diese Entwicklung ist u. a. auf planmäßig erfolgte Neueinstellungen im Laufe des Jahres zurückzuführen: Ein kaufmännischer Auszubildender, eine Fachkraft im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit (TZ), eine Assistenz der technischen Leitung (TZ), ein Elektromonteur (VZ) sowie eine Stabsstelle im Bereich Unternehmensentwicklung (TZ). Demgegenüber verließen in 2025 drei Auszubildende sowie ein Elektromonteur das Unternehmen. Des Weiteren erfolgte zum 01.06.2025 eine Tariferhöhung (je nach Eingruppierung zwischen 4,7 und 7,8 Prozent), außerdem ist die regelmäßige, im Wesentlichen von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängige tarifliche Höherstufung der Mitarbeitenden zu berücksichtigen. Die umsichtige Einstellung, die zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung und die langfristige Bindung qualifizierter Fachkräfte ans Unternehmen sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das e-werk als regionaler Arbeitgeber.

Die Abschreibungen, inklusive der Abschreibungen auf Finanzanlagen, stiegen im Vergleich zum Vorjahr leicht an, um 219 T€, auf nunmehr 3,778 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1.584 T€ an und betrugen insgesamt 7,202 Mio. €. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Aufwendungen für Vertragliche Vergütungen (insbesondere für Abrechnungsdienstleistungen), für Fremdlieferungen und -leistungen (Syneco, Ladenetz) sowie für Prüfungs- und Beratungskosten zurückzuführen.

In 2025 betrug die Höhe der übernommenen Verluste der Freizeitbad Reinbek GmbH aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages -673 T€.

Während sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit minimal über Vorjahresniveau bewegt, fallen die steuermindernden Effekte durch die Inanspruchnahme der im Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz verankerten, optional degressiven Abschreibung für die in den Pandemie-Jahren getätigten Investitionen inzwischen nicht mehr so stark ins Gewicht, während im Segment Messwesen handelsrechtlich und steuerlich weiterhin unterschiedliche Abschreibungsdauern zum Ansatz kommen.

Der zum Jahresende 2025 ausgewiesene Jahresüberschuss der Gesellschaft als weiterer wichtiger finanzieller Leistungsindikator beträgt 4,043 Mio. €.







Insgesamt konnte das für das Geschäftsjahr geplante Ergebnis von knapp 3,857 Mio. € übertroffen werden. In den Vertriebssparten wurden die konservativ angesetzten Planungsprämissen deutlich übertroffen, während sich in den Netzsparten, neben der in der 4. Regulierungsperiode gesunkenen Eigenkapitalverzinsung, auch deutliche kurzfristig nicht beeinflussbare Kostensteigerungen u. a. für die Ertüchtigung der Abrechnungs- und Netzsteuerungssysteme für die vielfältigen und komplexen Anforderungen der Energie- und Wärmewende ergebnismindernd niederschlugen.

Finanzlage

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss und anteilige Ertragszuschüsse) hatte zum 31.12.2025 einen Anteil von 35,90 Prozent am Gesamtkapital, gegenüber 34,45 % im Vorjahr. Dieser relativ niedrige Wert ist vornehmlich auf den vorübergehenden Ausweis einer Verbindlichkeit gegenüber der Media Sachsenwald GmbH zum Zwecke des vollständigen Anteilserwerbs im Vorfeld der rückwirkend zum Jahreswechsel 2025/26 anstehenden Verschmelzung sowie auf die kontinuierliche Erhöhung der Rückstellungen für CO_2-Zertifikate zurückzuführen.

Investitionen

Das Gesamtinvestitionsvolumen als wesentlicher Leistungsindikator belief sich im Berichtsjahr auf 10.831 T€, dieses teilte sich zu 2.806 T€ (26 Prozent) auf das Stromnetz, zu 1.016 T€ (9 Prozent) auf das Gasnetz, zu 126 T€ (1 Prozent) auf die Wärmesparte und zu 6.882 T€ (64 Prozent) auf sonstige Investitionen auf. Es wurden 4.567 T€ in Sachanlagen, 154 T€ in immaterielle Vermögensgegenstände sowie 6.109 T€ in Finanzanlagen investiert. Letzterer Betrag umfasst hauptsächlich Einmaleffekte aus der Übernahme der Geschäftsanteile der Vereinigten Stadtwerke an der Media Sachsenwald GmbH sowie aus der Gründung der Ladesäulengesellschaft Regioladen+. Der Wirtschaftsplan sah Investitionen in Höhe von 5.801 T€ vor.

Im Bereich Strom lag der Schwerpunkt im Jahr 2025 auf der Modernisierung und dem Ausbau der Netzinfrastruktur sowie auf Maßnahmen zur Digitalisierung und Erhöhung der Versorgungssicherheit. Etliche Ortsnetzstationen wurden durch neue leistungsfähige Kompaktstationen ersetzt oder zu intelligenten Ortsnetzstationen umgebaut, zusätzlich wurden fünf neue Stationen errichtet. Mehrere Kundenstationen aus den Bereichen Industrie, Gewerbe und öffentliche Infrastruktur wurden in das Mittelspannungsnetz eingebunden. Ergänzend hierzu erfolgte die Erneuerung von Mittelspannungskabeln in verschiedenen Straßenzügen und Ortsteilen. Zur weiteren Netzautomatisierung wurden sechs neue Fernwirkanlagen installiert und die Netzschutzrelais im Schalthaus „UW Glinde 20 kV“ erneuert.

Insgesamt wurden im Strombereich im vergangenen Jahr ca. 120 Hausanschlüsse neu hergestellt und 15 bestehende Hausanschlüsse saniert.

Des Weiteren wurden im Rahmen des Rollouts einer modernen Messinfrastruktur gemäß Messstellenbetriebsgesetz ca. 3.900 Stromzähler gewechselt bzw. neu eingebaut und ca. 1.000 intelligente Messsysteme in Betrieb genommen.



Im Gasbereich standen Maßnahmen zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Netzbetriebs und zur Anpassung an veränderte Anschlusszahlen im Vordergrund. In mehreren Gasdruckregelanlagen wurden Bauteile erneuert. Es wurden etwa 20 neue Hausanschlüsse erstellt, rund 30 Hausanschlüsse saniert und rund 130 Hausanschlüsse stillgelegt. Darüber hinaus erfolgte der Austausch beziehungsweise Neueinbau von rund 430 Gaszählern. Vor dem Hintergrund der Methanemissionsverordnung wurde die Überprüfung des Gasrohrnetzes intensiviert. Seit dem Jahr 2025 führt das e-werk diese Inspektionen eigenständig durch; hierfür wurden entsprechende Messgeräte zur Rohrnetzüberprüfung angeschafft.

Im Bereich Wärme wurden in mehreren Heizzentralen Pumpen und weitere zentrale Bauteile ausgetauscht, um einen weiterhin wirtschaftlichen und zuverlässigen Betrieb der Anlagen sicherzustellen.

Übergreifend wurden im Jahr 2025 mehrere Maßnahmen umgesetzt, die sowohl den technischen Betrieb als auch die strategische Weiterentwicklung des Unternehmens betreffen. Der Fuhrpark wurde durch die Ersatzbeschaffung von drei elektrisch betriebenen Kastenwagen, einem Elektro-PKW sowie einem Transporter modernisiert. Die Tiefbauabteilung erhielt zusätzlich einen Radlader sowie eine weitere Erdrakete.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wurde auf dem Dach der Fahrzeughalle auf dem Betriebsgelände eine Photovoltaikanlage und zur Steigerung des Eigenverbrauchs zusätzlich ein Batteriespeicher installiert. Darüber hinaus wurde eine weitere Photovoltaikanlage auf dem Dach des Schulzentrums in Reinbek installiert und an die Stadt Reinbek verpachtet.

Im Bereich Ladeinfrastruktur wurden 19 AC-Ladesäulen sowie zwei DC-Ladesäulen errichtet, seit Oktober befinden sich diese unter der Ägide der neu gegründeten Gesellschaft Regioladen+.

Auch im Bereich IT und Digitalisierung wurden wesentliche Maßnahmen umgesetzt. Die Firewall sowie das Exchange-System wurden ersetzt. Das SAP-HANA-ERP-System wurde von der C- auf die S-Schiene umgestellt. Zusätzlich wurde im Versorgungsgebiet ein LoRaWAN-Netz aufgebaut. Für mehrere Kommunen wurden zudem rund 265 LED-Weihnachtssterne beschafft, welche an Straßenbeleuchtungsmasten montiert werden können.

Zu Ende April 2025 wurden sämtliche Assets der Media Sachsenwald GmbH zu Restbuchwerten an verschiedene Tochtergesellschaften unseres Joint-Venture-Partners, der Vereinigte Stadtwerke GmbH (VSG), veräußert. Des Weiteren wurden sämtliche Vertriebskunden von der Vereinigte Stadtwerke Media GmbH (VS Media) übernommen. Auch sämtliche laufende Darlehen der Media Sachsenwald GmbH wurden zu Buchwerten auf die Gesellschaften der VSG übertragen. Die VS Media wird zukünftig das Breitbandgeschäft in der Region auf eigene Rechnung fortführen. Zum gleichen Zeitpunkt hat die e-werk Sachsenwald GmbH sämtliche Geschäftsanteile der VSG an der Media Sachsenwald GmbH übernommen. Die Gesellschaft (nun ohne Anlagevermögen und ohne operativen Geschäftsbetrieb) soll im nächsten Schritt rückwirkend zum Jahreswechsel 2025/26 auf die Muttergesellschaft verschmolzen werden. Insgesamt ist die Transaktion für die e-werk Sachsenwald GmbH als nahezu ergebnisneutral zu bewerten.

Liquidität

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (CF II) von 2,2 Mio. € lag über dem Vorjahreswert (1,1 Mio. €).

Demgegenüber standen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 9,4 Mio. € und Auszahlungen im Bereich der Finanzierungstätigkeit (Darlehen sowie Auszahlung an Gesellschafter) von knapp 1,9 Mio. €.

Im Wesentlichen infolge der Endabrechnung der Strom- und Energiepreisbremsen nahm der Bestand an liquiden Mitteln zum Ende des Jahres gegenüber dem Vorjahr erheblich ab, er ging zum Stichtag am 31.12.2025 auf knapp 8,3 Mio. € zurück.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2025 ist gegenüber dem Vorjahr um -0,865 Mio. € auf 89,702 Mio. € gesunken.

Auf der Aktivseite der Bilanz erhöhte sich das Anlagevermögen insgesamt um 6,314 Mio. € auf 54,292 Mio. €. Das Umlaufvermögen sank um -7,300 Mio. € auf 35,071 Mio. €. Das Anlagevermögen hatte per Jahresende 2025 einen Anteil von knapp 61 Prozent an der Bilanzsumme, im Vergleich zu knapp 53 Prozent im Vorjahr.

Das Verhältnis der Buchwerte der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten betrug zum Jahresende 2025 rund 35,6 Prozent (im Vorjahr 36,4 Prozent). Die Abschreibungen des Geschäftsjahres decken mit 3,778 Mio. € nicht vollständig die Neuinvestitionen in Höhe von 4,722 Mio. € (ohne Finanzanlagen in neue Beteiligungen).

Die liquiden Mittel haben einen Anteil von 9,2 Prozent an der Bilanzsumme (im Vorjahr 19,2 Prozent).

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital ohne Bilanzgewinn um 1,000 Mio. € von 31,203 Mio. € auf 32,203 Mio. €.



Die sonstigen Rückstellungen stiegen um 0,761 Mio. € auf 7,760 Mio. €. Der Anstieg ist in erster Linie auf eine durch den CO_2-Preisanstieg erforderliche Erhöhung der Rückstellungen für CO_2-Zertifikate sowie Rückstellungen für die Regulierungskonten zurückzuführen.

Aufgrund der aktuellen dynamischen Entwicklung der energiepolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den daraus erwachsenden Anforderungen hinsichtlich der konkreten technischen Umsetzung im Falle etwaiger Stilllegungen von Anlagen des Gasnetzes ist die interne Bewertung des hierfür erforderlichen zukünftigen Rückstellungsbedarfs derzeit noch nicht final abgeschlossen.



Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2025 nahmen gegenüber dem Vorjahr um -2,627 Mio. € ab und lagen bei 40,217 Mio. €. Ursächlich hierfür waren vor allem zum Bilanzstichtag noch nicht erstattete Kundenguthaben aus der Jahresverbrauchsabrechnung sowie zum Stichtag noch offene Bezugsrechnungen, wobei beide Positionen aufgrund der gesunkenen Endkunden- bzw. Energiepreise im Vorjahresvergleich etwas geringer ausfielen. Außerdem sind an dieser Stelle die Bankdarlehen (Darlehensaufnahmen sowie Tilgung) mit abgebildet.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Die e-werk Sachsenwald GmbH begegnet Risiken sowohl in der Energieverteilung als auch im Bereich des Energievertriebs durch interne Maßnahmen zur Identifikation, Quantifizierung und Steuerung möglicher Risiken.

Im Netzbereich können sich grundsätzlich Risiken im technischen Betrieb sowie im regulatorischen Umfeld ergeben.

Störungen im technischen Betrieb wird durch eine langfristig angelegte Instandhaltungsplanung sowie den Einsatz von qualifiziertem Personal begegnet.

Mögliche Risiken im regulatorischen Umfeld liegen in der Nichtanerkennung von Kosten durch die Regulierungsbehörde und in der Absenkung der behördlich zugestandenen Eigenkapitalverzinsung. Diesen Risiken begegnet das e-werk durch regelmäßige Kostenbenchmarks. Gesetzliche Änderungen werden intensiv durch Mitarbeit in landesweiten Arbeitsgruppen und einem bundesweiten Branchenverband begleitet und können so frühzeitig bei mittel- und langfristigen Planungen berücksichtigt werden.

Das e-werk hat im Zuge des Wechsels von einem Vollversorgungsmodell auf eine strukturierte Beschaffung sowohl die Beschaffungsstrategie als auch das Risikohandbuch 2024 komplett neu erarbeitet. In diesem verbindlichen Rahmen erfolgt der Einkauf der benötigten Energiemengen. Ziel ist es, bei der Energiebeschaffung das Preis-Mengen-Risiko zu minimieren.

Wesentliche Instrumente hierzu sind die Festlegung zulässiger Beschaffungsvarianten, die zeitnahe Dokumentation und Kommunikation getätigter Geschäfte sowie die Überwachung bestehender Risiken, mit Schwerpunkt auf Wettbewerbs-, Margen- und Liquiditätsrisiken. Im Rahmen dieser Risikobeurteilung zeigen sich keine existenzgefährdenden Risiken für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens. Im Vertriebsbereich wurde ebenfalls eine Risikorichtlinie implementiert, welche die risikoorientierte Prüfung, Freigabe und Überwachung von Vertragsabschlüssen mit Gewerbe- und Industriekunden für Strom- und Gaslieferverträge sowie das Eskalations- und Berichtswesen bei Zahlungsrückständen regelt.

Das Forderungsmanagement im Rahmen der Liquiditätssicherung erfolgt zeitnah, ältere Forderungen werden in Abhängigkeit der Altersstruktur wertberichtigt.

Des Weiteren werden folgende Rechnungslegungsprozesse im Risikomanagement betrachtet: Finanz- und Hauptbuchhaltung, Kreditorenbuchhaltung, Rechnungsprüfung, Anlagenbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Steuern und Finanzierung.

Im Rahmen des Risikomanagements wird die Geschäftsführung unterjährig quartalsweise und bei Bedarf ad hoc durch die Controlling-Abteilung über den Geschäftsverlauf unterrichtet (Quartalsberichte). In diesen Berichten werden die wesentlichen Kennzahlen zur Steuerung des Unternehmens aufbereitet und nachgehend durch die Geschäftsführung und die jeweiligen Abteilungsleiter analysiert.

Risiken, die den Fortbestand der e-werk Sachsenwald GmbH gefährden könnten, sind weder im Geschäftsjahr 2025 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2026 erkennbar. Vor dem Hintergrund der grundlegenden Umbrüche in der Energiewirtschaft stellen instabile politische Rahmenbedingungen, volatile Energie- und Finanzmärkte, dadurch unsicherere Margen sowie transformationsbedingte Risiken im Bereich Gasversorgung weiterhin eine Herausforderung dar.

Risikobericht

Nach wie vor wird die wirtschaftliche Entwicklung des e-werks im Vertriebsbereich von den Chancen und Risiken bestimmt, die sich bei der Beschaffung von Gas und Strom sowie deren Verkauf ergeben. Aus der unterschiedlichen Entwicklung der Preisbildungsfaktoren auf der Bezugsseite einerseits und der Verkaufsseite andererseits resultieren Preisrisiken, während sich aufgrund konjunktureller und witterungsbedingter Einflüsse sowie politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen unvorhersehbare Absatzschwankungen sowohl im positiven wie auch im negativen Sinne ergeben können.



Aktuell haben sich die Energiemärkte wieder etwas beruhigt, wobei das Energiepreisniveau weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt. So bestehen weiterhin erhöhte energiewirtschaftliche Risiken, insbesondere aus den zukünftigen Marktpreisentwicklungen und den damit verbundenen Auswirkungen auf zukünftige Einkaufskonditionen und Absatzpotentiale.

Auf der Beschaffungsseite wird die Energiepreisentwicklung kontinuierlich ausgewertet und im Rahmen einer risikoaversen, langfristigen Beschaffungsstrategie berücksichtigt. Durch den Wechsel in die Strukturierte Beschaffung zum Lieferjahr 2025 wurden bereits in 2024 die entsprechenden Beschaffungs- und Risikohandbücher vollständig überarbeitet und durch die Gremien im Unternehmen beschlossen. Zusätzlich wurde ein Vertriebscontroller eingestellt, um die mit der neuen Beschaffungsvariante einhergehenden Risiken zu überwachen und zu bewerten. Im Kalenderjahr 2025 wurden die entsprechenden Mitarbeiter weiter in diesem Bereich qualifiziert. Darüber hinaus wurde bereits in 2024 ein fachübergreifendes Risikokomitee für den Energieeinkauf installiert, wodurch die Entscheidungsprozesse im Einkauf transparenter und robuster ausgestaltet wurden.

Die Entwicklung des Kundenstamms wird weiterhin engmaschig überwacht. Wesentliche Mengenrisiken bestehen aufgrund der langfristigen und flexiblen Lieferverträge nicht, jedoch bedarf die Entwicklung der Bezugspreise aktuell der besonderen Aufmerksamkeit, damit die Geschäftsführung die Absatzkonditionen im Bedarfsfall kurzfristig an die Marktlage anpassen kann.

Im Einkauf hat das e-werk über die bestehenden Thüga-Beschaffungsrahmenverträge frühzeitig seinen Bedarf angemeldet und – soweit möglich – die Lagerbestände, wo nötig, aufgestockt und erweitert. Aktuell sind keine nachhaltigen, negativen Auswirkungen auf das laufende Bauprogramm gegeben. Auch diese Entwicklung wird regelmäßig durch die Geschäftsführung bewertet.

Prognose und Chancen

Aufgrund der in den von der Energiekrise geprägten Vorjahren gewonnenen Erkenntnisse konzentriert sich das e-werk im Bereich der Vertriebsaktivitäten mit aller Kraft auf die Verbesserung der Servicequalität. Dabei steht die konsequente Einführung digitaler Kontaktpunkte sowie die Erweiterung des Produktportfolios im Fokus. Die bereits vorhandenen Stärken wie Zuverlässigkeit, Fairness und persönliche Ansprechpartner vor Ort im Energievertrieb bleiben erhalten. Ziel der Maßnahmen ist der sukzessive Ausbau der Marktanteile im Versorgungsgebiet.

Im Netzbereich wird weiterhin kontinuierlich in die Leistungsfähigkeit der Energienetze investiert, anhand des erstmalig in 2024 erstellten und kontinuierlich weiterentwickelten langfristigen Netzentwicklungsplans für das Stromnetz bis 2045. Dabei werden die aktuellen Annahmen bezüglich des zusätzlichen Strombedarfs infolge der Umstellung der Wärmeversorgung auf Elektrizität, des Zubaus von Erneuerbaren Energien und der Entwicklung der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität berücksichtigt. Zukünftige Investitionsentscheidungen werden an diesem Planwerk ausgerichtet.

Im Gasbereich gilt es für die Netzbetreiber, die politische Zielsetzung eines Ausstieges aus fossilen Energieträgern im Wärmebereich zu berücksichtigen und dennoch einen sicheren Netzbetrieb bis zum Ausstieg aus der Gasversorgung zu gewährleisten.

Im Wärmebereich sieht das Unternehmen deutliche Wachstumschancen durch eine noch stärkere Positionierung als Partner der Gewerbekunden und der Kommunen in der Quartiersversorgung bzw. Wärmeplanung. Hierzu wurden eine unternehmenseigene Wärmeplanung für das gesamte Versorgungsgebiet erstellt und sukzessive Geschäftsmodelle aus den Erkenntnissen abgeleitet.

Der Bereich der Elektromobilität wird auch in den kommenden Jahren deutlich an Bedeutung gewinnen. Durch ein frühzeitiges Engagement im Bereich der öffentlichen Ladeinfrastruktur hat sich das e-werk eine gute Ausgangssituation erarbeitet, um darauf aufbauend die Marktposition weiter zu stärken. Aufgrund der bestehenden Gesetzeslage sowie zur Hebung von Skaleneffekten hat das e-werk mit anderen Unternehmen aus der Thüga-Gruppe eine gemeinsame Gesellschaft zur Bündelung der Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität gegründet. Sämtliche Assets der Sparte wurden zu Anfang Oktober 2025 in diese Gesellschaft, die Regioladen+ GmbH & Co. KG, übertragen.

Für das Jahr 2026 wurde in der vom Aufsichtsrat im Herbst 2025 verabschiedeten Mittelfristplanung von folgender Entwicklung wesentlicher Leistungsindikatoren ausgegangen: Geplanten Umsatzerlösen (ohne Strom- und Energiesteuer und ohne Effekte aus Mehrmindermengenabrechnung) von ca. 78 Mio. € liegt eine geplante Steigerung der Vertriebsmengen um gut 8 Prozent gegenüber 2025 zu Grunde. Das geplante Investitionsvolumen beträgt 7,2 Mio. €. Während im Stromnetz und auch im Bereich der Elektromobilität von einer weiteren Erhöhung des Investitionsbedarfs ausgegangen wird, wurde im Gasnetz ein leichter Rückgang angenommen. Im übergreifenden Bereich wird von im Vorjahresvergleich erheblich höheren Investitionen ausgegangen, aufgrund von geplanten Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen an den Betriebsgebäuden. Unter Anwendung des kaufmännischen Vorsichtsprinzips und mit Blick auf die andauernden geopolitischen und energiewirtschaftlichen Verwerfungen wurde insgesamt ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 3,67 Mio. € (nach Verrechnung der Badverluste) prognostiziert. Für das Freizeitbad wurde dabei für das Geschäftsjahr 2026 mit einem Jahresverlust von -751 T€ gerechnet. Aufgrund einer voraussichtlichen Verschiebung der geplanten Badsanierungsmaßnahme und der damit verbundenen Schließzeiten wird mittlerweile auch noch für 2027 von einer Fortsetzung des regulären Betriebs ohne Schließzeiten ausgegangen.

Reinbek, den 31. Mai 2026

e-werk Sachsenwald GmbH



gez. Manthey
(Geschäftsführer)

Jahresüberschuss

2025: 4,0 Mio. €

2024: 4,2 Mio. €

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2025

Bilanz

Aktiva	31.12.2025 T€	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	320	255
II. Sachanlagen	42.573	42.433
III. Finanzanlagen	11.400	5.291
	54.292	**47.979**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	635	669
2. Entgeltlich erworbene Emissionsrechte	3.442	2.653
	4.077	3.323
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.342	15.290
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	613	779
3. Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	52	40
4. Forderungen gegen Gesellschafter	332	313
5. Sonstige Vermögensgegenstände	5.397	5.255
	22.736	21.677
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.258	17.371
	35.071	**42.371**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**51**	**12**
D. Aktiver Unterschiedsbetrag a. d. Vermögensverrechnung	**288**	**206**
	89.702	**90.567**

Passiva	31.12.2025 T€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	5.461	5.461
II. Kapitalrücklage	9.656	9.656
III. Andere Gewinnrücklagen	17.086	16.086
IV. Bilanzgewinn	4.043	4.241
	36.246	**35.444**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**13**	**20**
C. Empfangene Ertragszuschüsse	**5.467**	**5.261**
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen f. Pensionen	0	0
2. Steuerrückstellungen	0	0
3. Sonstige Rückstellungen	7.760	6.999
	7.760	**6.999**
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.408	11.032
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.247	9.136
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	673	630
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	5.749	179
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	296	564
6. Sonstige Verbindlichkeiten	13.843	21.301
	40.217	**42.844**
	89.702	**90.567**

Hinweis: Alle Werte sind auf T€ gerundet. Bei manueller Aufsummierung sind Rundungsdifferenzen möglich.

Gewinn- und Verlustrechnung

		2025 T€	Vorjahr T€
1.	**Umsatzerlöse**	94.412	103.822
	Strom- und Erdgassteuer	4.579	4.869
		89.833	**98.953**
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.041	1.163
3.	Sonstige betriebliche Erträge	242	179
4.	**Materialaufwand:**		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	47.377	53.276
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.585	25.394
		66.961	**78.670**
5.	**Personalaufwand:**		
	a) Löhne und Gehälter	5.266	4.812
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
	(davon für Altersversorgung: T€ 277; Vorjahr: T€ 228)	1.335	1.200
		6.601	**6.013**
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.778	3.559
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.202	5.619
Betriebsergebnis		**6.574**	**6.434**
8.	Aufwendungen aus Verlustübernahme aufgrund eines EAV	673	630
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113	112
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	402	266
12.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**5.611**	**5.650**
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.572	1.407
14.	Sonstige Steuern	-3	2
15.	**Jahresüberschuss**	**4.043**	**4.241**

Hinweis: Alle Werte sind auf T€ gerundet. Bei manueller Aufsummierung sind Rundungsdifferenzen möglich.

Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten (in T€)				
	01.01.2025	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2025
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	2.224	75	0	0	2.299
2. Geleistete Anzahlung auf imm. WG	0	79	0	0	79
	2.224	**154**	**0**	**0**	**2.378**
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	6.638	181	0	0	6.818
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a) Erzeugungsanlagen	4.781	219	0	0	5.000
b) Verteilungsanlagen	98.893	3.443	291	87	102.131
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.639	496	1.300	0	3.835
4. Anlagen im Bau	122	228	0	-87	263
	115.072	**4.567**	**1.591**	**0**	**118.048**
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50	5.011	0	5.011	10.072
2. Beteiligungen	5.239	1.098	0	-5.011	1.326
3. Sonstige Ausleihungen	2	0	0	0	2
	5.291	**6.109**	**0**	**0**	**11.400**
	122.586	**10.831**	**1.591**	**0**	**131.825**

Hinweis: Alle Werte sind auf T€ gerundet. Bei manueller Aufsummierung sind Rundungsdifferenzen möglich.

kumulierte Abschreibungen (in T€)					Buchwerte (in T€)	
01.01.2025	AfA des GJ	Abgänge	Umbuchungen/ Zuschreibungen	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
1.969	89	0		2.058	241	255
0	0	0		0	79	0
1.969	**89**	**0**	**0**	**2.058**	**320**	**255**
4.370	113	0		4.483	2.336	2.268
1.773	269	0		2.043	2.957	3.007
63.478	2.864	236		66.107	36.024	35.415
3.017	443	617		2.842	993	1.622
0	0	0		0	263	122
72.638	**3.689**	**853**	**0**	**75.475**	**42.573**	**42.433**
0	0	0		0	10.072	50
0	0	0		0	1.326	5.239
0	0	0		0	2	2
0	**0**	**0**	**0**	**0**	**11.400**	**5.291**
74.608	**3.778**	**853**	**0**	**77.533**	**54.292**	**47.979**

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

A. Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:
e-werk Sachsenwald GmbH
Firmensitz laut Registergericht: Reinbek
Registergericht: Lübeck
Register-Nr: HRB 1011 RE

B. Allgemeine Angaben

Die e-werk Sachsenwald GmbH (im Folgenden „e-werk“ oder „die Gesellschaft“ genannt) ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie der einschlägigen Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt worden.

Das Gliederungsschema der Bilanz ist um die Posten „Entgeltlich erworbene Emissionsrechte“, „Empfangene Ertragszuschüsse“ sowie „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ ergänzt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung ist um den Posten „Aufwendungen aus Verlustübernahmen aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages“ ergänzt.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden keine wesentlichen Ausweisänderungen durchgeführt.

C. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen angesetzt. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden über Nutzungsdauern von 1 bis 20 Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der nach § 253 Abs. 2 HGB notwendigen Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten auch die erforderlichen Gemeinkostenzuschläge. Die Abschreibungen erfolgen sowohl nach der linearen als auch nach der degressiven Abschreibungsmethode monatsgenau. Soweit nicht anlagenspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen ist, werden die branchenüblichen Nutzungsdauern zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauern liegen zwischen 1 und 50 Jahren.

Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag (§ 9b Absatz 1 UStG), für das einzelne Wirtschaftsgut 800 Euro nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Wirtschaftsjahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage des Wirtschaftsguts in voller Höhe abgeschrieben. Dieses Vorgehen hat keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen und sonstigen Ausleihungen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bei einer dauerhaften Wertminderung.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu durchschnittlichen Einkaufspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. Die entgeltlich erworbenen Emissionsrechte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die flüssigen Mittel sind zu Nominalbeträgen angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Einzelwertberichtigungen für Forderungen, die länger als sechs Monate fällig sind, gebildet. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung angemessen Rechnung getragen.

Bei den empfangenen Ertragszuschüssen handelt es sich um von Kunden für Leitungsanschlüsse ab 2011 gezahlte Zuschüsse, die passiviert und jährlich mit 5 Prozent pro rata temporis der Ursprungsbeträge zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst werden. Für die Jahre 2003 bis 2010 wurden die gezahlten Zuschüsse direkt von den

Anschaffungskosten der betroffenen Anlagegüter abgesetzt. Seit 2011 werden die empfangenen Zuschüsse wieder passiviert und über einen Zeitraum von 20 Jahren ratierlich umsatzerhöhend aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter der Verwendung der „Richttafeln 2018 G“ ermittelt. Für die Abzinsung wurde pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung verwendet. Es wurde eine Rentensteigerung von 1 Prozent p. a. berücksichtigt.

Die Rückstellung für Urlaub erfolgt nach den steuerlichen Maßgaben.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sind ausreichend bemessen und zu ihrem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und ihren steuerlichen Wertansätzen werden diese mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet. Die Aktivierung eines Überhangs latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts.

Die latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handelsrechtlichen und dem steuerlichen Ansatz des Anlagevermögens, der empfangenen Ertragszuschüsse, der Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen (Jubiläen, VBL-Unterdeckung, Absatzwirtschaftliche Rückstellungen).

Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB in Anspruch und verzichtet auf den Ausweis aktiver Latenter Steuern. Im Berichtsjahr ergibt sich insgesamt eine aktive latente Steuer.

D. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres geht aus dem „Anlagenspiegel“ hervor, der als Anlage beigefügt ist.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** enthalten Hochrechnungsanteile für den Zeitraum von der Ablesung bis zum Bilanzstichtag von 4.852 T€ (Vj. 3.559 T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen mit 606 T€ (Vj. 662 T€) sonstige Vermögensgegenstände und mit 7 T€ (Vj. 117 T€) Lieferungen und Leistungen.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 0 T€ (Vj. 0 T€) sonstige Vermögensgegenstände und mit 52 T€ (Vj. 40 T€) Lieferungen und Leistungen.

Forderungen gegen Gesellschafter betreffen mit 0 T€ (Vj. 0 T€) sonstige Vermögensgegenstände und mit 339 T€ (Vj. 313 T€) Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Ansprüche, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Steuerforderungen (1.562 T€ aus Umsatzsteuer, 871 T€ aus sonstigen Steuern) sowie energiewirtschaftliche Sachverhalte (Umlagen und Abgaben, verm. Netzentgelte sowie geleistete Abschlagszahlungen an fremde Netzbetreiber), Forderungen gegenüber Einspeisern und sonstigen Positionen von 2.963 T€.

Das **gezeichnete Kapital** zum 31.12.2025 beträgt 5.460.887 €. Beteiligt sind die Stadt Reinbek mit 2.359.103 € (43,20 %), die Gemeinde Wentorf bei Hamburg mit 1.064.327 € (19,49 %), die Thüga AG mit 1.171.360 € (21,45 %), die Stadt Glinde mit 443.424 € (8,12 %), die Gemeinde Barsbüttel mit 156.182 € (2,86 %) und die Gemeinde Oststeinbek mit 266.491 € (4,88 %).

Die **Kapitalrücklage** zum 31.12.2025 beträgt 9.656 T€. (Vj. 9.656 T€).

Die **anderen Gewinnrücklagen** zum 31.12.2025 betragen 17.086 T€ (Vj. 16.086 T€).

Rückstellungen

Die **Pensionsrückstellungen** wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubek und eines Rechnungszinsfußes von 2,05 Prozent ermittelten Anwartschaftsbarwert von 437 T€ angesetzt. Es wurden jährliche Rentensteigerungen in Höhe von 1,0 Prozent zugrunde gelegt. Es besteht eine Rückdeckungsversicherung mit einem Zeitwert von 726 T€. In der Bilanz wird der saldierte Wert als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Absatz 6 HGB zwischen dem Erfüllungsbetrag mit dem 10-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem 7-Jahres-Durchschnittzinssatz beträgt 0 T€.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrages, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um die zukünftigen Verpflichtungen abzudecken.

Zu nennen sind hier insbesondere die Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von 373 T€, für CO_2- und Ökogas-Zertifikate von 3.572 T€, für Umlagen/Einspeisevergütungen von 1.072 T€, für mittelbare Versorgungsverpflichtungen aus der VBL von 525 T€, für absatzwirtschaftliche Risiken von 1.400 T€, für Personal (Urlaub, Überstunden und Tantiemen) von 366 T€, Drohverluste aus schwebenden Geschäften von 159 T€ sowie für ausstehende Rechnungen von 292 T€.

Bei der Rückstellung für ausstehende Rechnungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten, dem Kommunalrabatt sowie der Mehrmindermengenabrechnung.

Die **Verbindlichkeiten insgesamt** und die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** enthalten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren in Höhe von 7.703 T€.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen hauptsächlich sonstige Verbindlichkeiten aus der Verlustübernahme 2025 der Freizeitbad Reinbek Betriebsgesellschaft mbH gemäß Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von 673 T€ (Vj. 630 T€).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, resultieren aus der Transaktion zur Veräußerung der Media Sachsenwald GmbH in Höhe von 5.103 T€ (Vj. 0 T€) sowie aus Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung in Höhe von 646 T€ (Vj. 179 T€).

Verbindlichkeiten (in T€)		davon mit einer Restlaufzeit		
	Gesamt	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre
1. gegenüber Kreditinstituten	12.408	1.208	3.498	7.703
Vorjahr	11.032	909	3.208	6.915
2. aus Lieferungen und Leistungen	7.247	7.247	0	0
Vorjahr	9.136	9.136	0	0
3. ggü. verbundenen Unternehmen	673	673	0	0
Vorjahr	630	630	0	0
4. ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.749	5.749	0	0
Vorjahr	179	179	0	0
5. gegenüber Gesellschaftern	296	296	0	0
Vorjahr	564	564	0	0
6. sonstige Verbindlichkeiten	13.843	13.843	0	0
Vorjahr	21.301	21.301	0	0
Summe	**40.217**	**29.017**	**3.498**	**7.703**
Vorjahr	42.843	32.719	3.208	6.915

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** betreffen Lieferungen und Leistungen von 296 T€ (Vj. 147 T€) sowie sonstige Verbindlichkeiten von 0 T€ (Vj. 418 T€).

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausschließlich im Inland erzielten **Umsatzerlöse** (ohne Strom- und Energiesteuer) setzen sich wie folgt zusammen:

	2025 T€	Vorjahr T€
Stromversorgung	54.411	62.834
Gasversorgung	34.072	34.769
Wärme	573	567
Sonstige	777	783
	89.833	**98.953**

In 2025 wurden **Aufwendungen aus Verlustübernahme aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages** in Höhe von 673 T€ (Vj. 630 T€) berücksichtigt. Diese betreffen die Freizeitbad Reinbek Betriebsgesellschaft mbH, welche seit 2022 eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der e-werk Sachsenwald GmbH ist.

Bei den **periodenfremden Erträgen** in Höhe von 216 T€ handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 83 T€, Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 16 T€ und Gewinne aus Anlagenabgängen in Höhe von 35 T€, ausgewiesen in den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie aus vermiedenen Netzentgelten in Höhe von 51 T€, ausgewiesen in den Umsatzerlösen. Des Weiteren verteilen sich periodenfremde Erträge auf diversen Konten in Höhe von 30 T€.

Periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 442 T€ entfallen insbesondere auf Drohverluste Höhe von 159 T€ – ausgewiesen in den Umsatzerlösen sowie auf die Bewertung von Forderungen in Höhe von 168 T€ sowie Verluste aus Anlagenabgängen in Höhe von 60 T€ – ausgewiesen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Der **Jahresüberschuss** vermindert sich ggü. dem Vorjahr um -198 T€ auf 4.043 T€.

F. Sonstige finanzielle Verpflichtungen/ Haftungsverhältnisse

Zum 31. Dezember 2025 bestehen folgende wesentliche zukünftige finanzielle Verpflichtungen aus schwebenden Einkaufskontrakten:

	Fälligkeit			
	< 1 Jahr T€	1–5 Jahre T€	> 5 Jahre T€	Summe T€
Stromeinkauf	11.645	6.511	0	18.156
Gaseinkauf	15.381	9.571	0	24.952
	27.026	**16.082**	**0**	**43.108**

Da zwischen diesen Energiebeschaffungsgeschäften und den daraus resultierenden Absatzgeschäften ein sehr enger wirtschaftlicher Zusammenhang besteht, wird aufgrund der weitgehenden Bewertungseinheit von der Ausnahme vom Einzelbewertungsgrundsatz gem. § 254 HGB i. V. m. der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung (IDW RS) ÖFA 3 Gebrauch gemacht. Insofern war nicht zu beurteilen, ob bei isolierter Betrachtung der Beschaffungsgeschäfte ggf. die Notwendigkeit besteht, Drohverlustrückstellungen zu passivieren.

Darüber hinaus bestehen zum 31. Dezember 2025 Verpflichtungen aus Bürgschaften im Rahmen von Baumaßnahmen für die öffentliche Straßen- und Wegebeleuchtung in verschiedenen Gemeinden. Die Höhe der Verpflichtungen beträgt 3 T€.

Zudem bestand für die Gesellschaft zum 31.12.2025 noch eine nicht eingeforderte ausstehende Einlage auf das gezeichnete Kapital an der Erdgasversorgung Reinbek und Wentorf GmbH in Höhe von 50 T€.

G. Sonstige Angaben

1. Abschlussprüferhonorar

Das für das Geschäftsjahr zurückgestellte Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt für

	T€
Abschlussprüfungsleistungen	32
Andere Bestätigungsleistungen	13
Steuerberatungsleistungen	0
Sonstige Leistungen	0

2. Beschäftigtenzahlen und Arbeitnehmergruppen

Im Geschäftsjahr 2025 waren ohne Geschäftsführung und ohne Auszubildende durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl
Verwaltung	28
Technik	49
	77

3. Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:
Herr Moritz Alexander Manthey (Ass. iur.)

Dem seit Januar 2021 bestehenden **Aufsichtsrat** (Eintragung im Handelsregister am 08.03.2021) gehörten bis zum Aufstellungszeitpunkt folgende Mitglieder an:

Für die Stadt Reinbek

Björn Warmer, Bürgermeister der Stadt Reinbek (Vorsitzender)

Anke Wiener, Dipl.-Ing. für Kartographie

Jan Moritz, Diplom-Kaufmann

Für die Gemeinde Wentorf bei Hamburg

Kathrin Schöning, Bürgermeisterin der Gemeinde Wentorf bei Hamburg (Stellvertretende Vorsitzende)

Peter Meyer, Bankkaufmann

Für die Stadt Glinde

Rainhard Zug, Bürgermeister der Stadt Glinde, Dipl.-Verwaltungswirt
(bis 03/2026)

Patrick Klose, Bürgermeister der Stadt Glinde
(ab 04/2026)

Bernd Wersel, Dipl.-Informatiker

Für die Gemeinde Barsbüttel

Thomas Schreitmüller,
Bürgermeister der Gemeinde Barsbüttel

Rainer Eickenrodt, Leitender kfm. Angestellter a. D.

Für die Gemeinde Oststeinbek

Jürgen Hettwer, Bürgermeister der Gemeinde Oststeinbek

Hans-Joachim Vorbeck, Sparkassendirektor a. D.

Für die Thüga Aktiengesellschaft

Caspar Baumgart, Mitglied des Vorstandes der WEMAG AG

Ralf Winter, Prokurist der Thüga AG
(bis 01/2025)

Otto Huber, Leiter Unternehmensentwicklung Thüga AG
(ab 02/2025)

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist beteiligt an:

Media Sachsenwald GmbH, Reinbek
Zum 31.12.2025 beträgt das Stammkapital der Gesellschaft 2.000.000 € (davon eingefordert: 2.000.000 €) und das gesamte Eigenkapital 9.943.294,77 €. Das e-werk ist durch Kaufvertrag vom 28.04.2025 (Urkundenverzeichnis Nr. 303 Jahr 2025B) mit einem Gesamtnennbetrag von 2.000.000 € zu 100 % beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2025 hat die Media Sachsenwald GmbH einen Jahresüberschuss von 1.084 T€ (Vj. -417 T€) erwirtschaftet.

Bzgl. der Beteiligung an der Media Sachsenwald GmbH wurde bisher das Wahlrecht des § 253 Abs. 3 S. 4 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip) in der Weise in Anspruch genommen, dass eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht vorgenommen wurde, da es sich bei den in der Gesellschaft aufgelaufenen Verlusten um eingeplante Anlaufverluste handelte und Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sein werden. Inzwischen wurden zu Ende April 2025 sämtliche Assets der Media Sachsenwald GmbH zu Restbuchwerten an verschiedene Tochtergesellschaften unseres Joint-Venture-Partners, der Vereinigte Stadtwerke GmbH (VSG), veräußert. Des Weiteren wurden sämtliche Vertriebskunden von der Vereinigte Stadtwerke Media GmbH (VS Media)

übernommen. Auch sämtliche laufenden Darlehen der Media Sachsenwald GmbH wurden zu Buchwerten auf die Gesellschaften der VSG übertragen. Die VS Media wird zukünftig das Breitbandgeschäft in der Region auf eigene Rechnung fortführen. Zum gleichen Zeitpunkt hat die e-werk Sachsenwald GmbH sämtliche Geschäftsanteile der VSG an der Media Sachsenwald GmbH übernommen. Die Gesellschaft (nun ohne Anlagevermögen und ohne operativen Geschäftsbetrieb) soll im nächsten Schritt zum 01.01.2026 auf die Muttergesellschaft verschmolzen werden. Insgesamt ist die Transaktion für die e-werk Sachsenwald GmbH als nahezu ergebnisneutral zu bewerten.

Visconto GmbH, Veitshöchheim
Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 beträgt 720 T€, das Eigenkapital 2.947 T€. Das e-werk hat sich mit einer Einlage von 110 T€ (15,28 %) an der Gesellschaft beteiligt. Die Visconto GmbH hat für das Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss von 663 T€ (Vj. -884 T€) erwirtschaftet.

Freizeitbad Reinbek Betriebsgesellschaft mbH, Reinbek
Zum Jahreswechsel von 2021 auf 2022 wurden 100 % der Geschäftsanteile der Gesellschaft von der Stadt Reinbek für 1 € erworben (Dauerverlustgeschäft). Die Gesellschaft verfügt über ein Gezeichnetes Kapital von 25 T€ und erwirtschaftete in 2025 einen Verlust von -673 T€, welcher im Rahmen des am 22. November 2021 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages von der e-werk Sachsenwald GmbH übernommen wurde.

Erdgasversorgung Reinbek und Wentorf GmbH, Reinbek
Die Gesellschaft wurde am 10.03.2022 gegründet und verfügt über ein Stammkapital von 100.000 €, welches bisher hälftig einbezahlt wurde. Die Gesellschaft ist bisher ohne laufenden Geschäftsbetrieb. Das Eigenkapital zum 31.12.2025 beträgt 43.539,84 €. Es wurde ein Verlust von -1.998,43 € erwirtschaftet.

5. Angaben gem. § 6b Abs. 2 EnWG

Im Rahmen von Dienstleistungsverträgen hat die Visconto GmbH, Veitshöchheim (assoziiertes Unternehmen) dem e-werk im Geschäftsjahr 2025 Rechnungen über 3.545 T€ netto ausgestellt (Vj. 2.809 T€). Im Gegenzug hat das e-werk im gleichen Zeitraum Rechnungen in Höhe von 193 T€ (Vj. 178 T€) netto für Personalgestellung und Nutzung der Betriebsmittel an die Visconto GmbH fakturiert.

Zweck der Funktionsauslagerung ist die Bündelung von Abrechnungsroutinen vergleichbarer Gesellschaften in einer Abrechnungsgesellschaft. Chancen werden in der wirtschaftlicheren Verrichtung von Gemeinkostenfunktionen gesehen, ohne die Identität des e-werks gegenüber der Kundschaft aufzugeben.

6. Unterdeckung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

Es bestehen mittelbare Verpflichtungen aus Unterdeckungen VBL für die seit einigen Jahren anteilig von dem Passivierungswahlrecht gem. Art. 28 Abs. 1 EGHGB Gebrauch gemacht wird, für die in den Vorjahren eine Rückstellung in Höhe von 525 T€ gebildet wurde. Versicherungsrechtlich handelt es sich um eine Pensionskasse, tarifvertraglich handelt es sich um eine Pflichtversicherung für alle Arbeitnehmer der Gesellschaft. Nach Auskunft der VBL besteht zum 01. Januar 2025 ein geschätzter Gegenwert aus Anwartschaften und Betriebsrenten in Höhe von 8.000 T€.

H. Vorschlag zur Gewinnverwendung

Es wird vorgeschlagen, aus dem Jahresüberschuss von 4.042.796,47 € einen Betrag von 3.182.796,47 € an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag von 860.000 € in die Gewinnrücklage einzustellen.

Reinbek, den 31. Mai 2026

e-werk Sachsenwald GmbH



gez. Manthey
(Geschäftsführer)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der e-werk Sachsenwald GmbH, Reinbek, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der e-werk Sachsenwald GmbH, Reinbek, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahres-

abschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren.

Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen u. a. den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG SH

Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 befasst.

Gemäß § 14 Abs. 3 KPG SH haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW-Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), der Punkte 4 und 5 der Gliederung, durchgeführt.

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und Messstellenbetrieb nach § 6b Abs. 3 S. 1 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften der § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n. F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW-Qualitätsmanagementstandards: Anforderung an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften der § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten. Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften der § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie nach § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Berlin, 08.07.2026

RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Thorsten Sommerfeld
Wirtschaftsprüfer

Guido Sydow
Wirtschaftsprüfer

e-werk Sachsenwald GmbH
Hermann-Körner-Straße 61–63
21465 Reinbek

Telefon (040) 72 73 73-0
Telefax (040) 72 73 73-10

www.ewerk-sachsenwald.de

Fotos:
Meerfreiheit/Mareike Suhn und Christian Geisler
KIELER BOTSCHAFT GmbH
e-werk Sachsenwald GmbH